

## Zuwanderung von A bis Z

### Begriffserläuterungen von **Abschiebung** bis **Zuwanderung**

[Quelle: BMI (<http://www.zuwanderung.de>)]

Abschiebung	Abschiebung ist die zwangsweise Durchsetzung der Ausreisepflicht. Sie darf nur dann vorgenommen werden, wenn die Ausreisepflicht vollziehbar ist, eine Ausreisefrist nicht gewährt wurde oder diese abgelaufen ist und die freiwillige Ausreise des Ausländers nicht gesichert ist oder aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eine Überwachung der Ausreise erforderlich erscheint (vgl. § 58 Aufenthaltsgesetz-AufenthG).
Abschiebungsanordnung	Zur Abwehr einer besonderen Gefahr für die Sicherheit Deutschlands oder einer terroristischen Gefahr kann die oberste Landesbehörde (Innenministerium des Landes oder für Inneres zuständige Senatsbehörde) ohne vorhergehende Ausweisung eine Abschiebungsanordnung gegen einen Ausländer erlassen. Die Abschiebungsanordnung ist sofort vollziehbar. Das Bundesministerium des Innern kann die Übernahme der Zuständigkeit erklären, wenn ein besonderes Interesse des Bundes besteht. Der Rechtsschutz wird in einer Instanz beim Bundesverwaltungsgericht gewährleistet. Auf diese Weise werden die Verfahrenswegen deutlich verkürzt. Eine Wiederkehr nach Deutschland wird auf Dauer ausgeschlossen. Grundlage einer Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG ist eine auf Tatsachen gestützte Gefahrenprognose.
Arbeitsmigration	Die Arbeitsmigration wird mit dem AufenthG, der Aufenthaltsverordnung und der Verordnung über die Zulassung von neu einreisenden Ausländern zur Ausübung einer Beschäftigung (BeschV) geregelt. Im AufenthG ist der Grundsatz festgelegt, dass die Zulassung ausländischer Beschäftigter und Selbständiger sich an den Erfordernissen des Wirtschaftsstandortes Deutschland orientiert. Hierbei müssen die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt und das Erfordernis, die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, berücksichtigt werden. Die Beschränkung für Nicht- und Geringqualifizierte wird beibehalten. Auch Qualifizierte können nur in den Fällen eine Zustimmung zur Erwerbstätigkeit erhalten, die ausdrücklich in der BeschV geregelt sind. Andererseits wurden die aufenthaltsrechtlichen Bedingungen für Hochqualifizierte und deren Familienangehörige erleichtert. Selbständige können eine Zustimmung zur Erwerbstätigkeit erhalten, wenn ein wirtschaftliches Interesse oder ein regionales Bedürfnis besteht, die Tätigkeit positive Auswirkungen auf die Wirtschaft erwarten lässt und die Finanzierung gesichert ist. Nach drei Jahren kann eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden, wenn sich die geplante Tätigkeit erfolgreich verwirklicht hat und der Lebensunterhalt des Ausländers gesichert ist (§ 21 AufenthG).
Asylberechtigte	Asylberechtigte sind Ausländer, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nach Art. 16a Grundgesetz als politisch Verfolgte anerkannt worden sind. Sie genießen zugleich die Rechtsstellung nach der Genfer Flüchtlingskonvention (§ 2 Abs. 1 AsylVfG).
Asylbewerber	Asylbewerber sind Ausländer, die Schutz vor politischer Verfolgung nach Art. 16a des Grundgesetzes suchen oder Schutz vor Abschiebung in einen Staat begehren, in dem ihr Leben oder ihre Freiheit wegen ihrer Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung



	bedroht ist.
Asylverfahren	Ein Ausländer, der sich auf das Asylrecht beruft (Asylbewerber), muss ein Anerkennungsverfahren durchlaufen, das im Asylverfahrensgesetz festgelegt ist. Im Asylverfahren erfolgt eine umfassende Prüfung ob Asyl, Flüchtlingsschutz oder Abschiebungsschutz zu gewähren ist. Zuständig für die Durchführung der Asylverfahren aller Asylbewerber ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern gehört.
Aufenthaltsbeendigung	<p>Ein Ausländer ist grundsätzlich zur Ausreise verpflichtet, wenn er den erforderlichen Aufenthaltstitel nicht oder nicht mehr besitzt. Er kann aber auch bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen durch besondere Verfügung ausgewiesen werden. Durch die Ausweisung wird der Aufenthaltstitel beseitigt, so dass die Ausreisepflicht eintritt. Eine zwangsweise Durchsetzung der Ausreisepflicht erfolgt, wenn der Ausländer dieser Verpflichtung nicht nachkommt. Diese zwangsweise Durchsetzung der Ausreisepflicht wird als <a href="#">Abschiebung</a> bezeichnet.</p> <p>Es sind jedoch Abschiebungshindernisse zu beachten: eine Abschiebung ist unzulässig, falls der Ausländer dem Schutzbereich der Genfer Flüchtlingskonvention unterfällt. Allerdings findet dieses Abschiebungsverbot keine Anwendung, wenn der Ausländer aus schwerwiegenden Gründen eine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eine Gefahr für die Allgemeinheit darstellt, weil er wegen besonders schwerwiegender Straftaten verurteilt wurde. Das Gleiche gilt u.a. auch, wenn aus schwerwiegenden Gründen die Annahme gerechtfertigt ist, dass der Ausländer ein Verbrechen gegen den Frieden, gegen die Menschlichkeit oder ein Kriegsverbrechen begangen hat. Auch nach Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention kann eine Abschiebung unzulässig sein. Ein Ausländer darf danach nicht in einen Staat abgeschoben werden, in dem für ihn eine konkrete Foltergefahr oder die Gefahr der Todesstrafe besteht. Von diesen Abschiebungsverboten gibt es keine Ausnahmen (absolute Abschiebungsverbote).</p>
Aufenthaltserlaubnis	<p>Die Aufenthaltserlaubnis ist ein Aufenthaltstitel, der grundsätzlich befristet zu den im AufenthG genannten Zwecken erteilt wird. Diese sind zum Beispiel:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Aufenthalt zum Zweck der Ausbildung (§§ 16-17 AufenthG),</li><li>• Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit (§§ 18-21 AufenthG),</li><li>• Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen (§§ 22-26 AufenthG),</li><li>• Aufenthalt aus familiären Gründen (§§ 27-36 AufenthG)</li></ul> <p>Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis zu jedem dieser Zwecke ist jeweils an eigene Voraussetzungen gebunden. Eine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis ist an dieselben Voraussetzungen geknüpft wie die erstmalige Erteilung. Allerdings kann die zuständige Behörde eine Verlängerung ausschließen, wenn der Aufenthalt nach seiner Zweckbestimmung nur vorübergehend sein sollte. Zu berücksichtigen ist bei der Verlängerung nunmehr auch, ob ein Ausländer seiner Verpflichtung zur ordnungsgemäßen Teilnahme an einem <a href="#">Integrationskurs</a> nachgekommen ist.</p>



Aufenthaltsgesetz	Das AufenthG (in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008, BGBl. I S. 162) regelt die Einreise, den Aufenthalt, die Niederlassung, die Erwerbstätigkeit und die Aufenthaltsbeendigung von Ausländern. Außerdem wird im AufenthG auch das übergeordnete ausländerpolitische Ziel der Integrationsförderung geregelt. Die Grundsätze der staatlichen Integrationsmaßnahmen sind in den §§ 43 bis 45 AufenthG niedergelegt und werden durch die Verordnung über die Durchführung von Integrationskursen für Ausländer und Spätaussiedler ergänzt. Das AufenthG findet grundsätzlich keine Anwendung auf freizügigkeitsberechtigte <a href="#">Unionsbürger</a> und deren Familienangehörige sowie Diplomaten.
Aufenthaltsgestattung	Einem Ausländer, der um Asyl nachsucht (Asylbewerber), ist zur Durchführung des Asylverfahrens der Aufenthalt in der Bundesrepublik gestattet (§ 55 Abs. 1 AsylVfG). Die Aufenthaltsgestattung erlischt u.a. bei Unanfechtbarkeit der Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Mit der Anerkennung als Asylberechtigter oder Flüchtling im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention hat ein Ausländer Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis, die zur Ausübung der Erwerbstätigkeit berechtigt (§ 25 Abs. 1 und Abs. 2 AufenthG).
Aufenthaltstitel	Für die Einreise und den Aufenthalt bedürfen Ausländer grundsätzlich einer Erlaubnis, die in Form eines Aufenthaltstitels erteilt wird. Das AufenthG sieht fünf verschiedene Aufenthaltstitel vor: die Aufenthaltserlaubnis, die Blaue Karte EU, die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG, die Niederlassungserlaubnis und das Visum. Die Aufenthaltserlaubnis und die Blaue Karte EU werden befristet erteilt; dagegen ist die Niederlassungserlaubnis unbefristet, zeitlich und räumlich grundsätzlich unbeschränkt und berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Bei der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG, die auf EU-Recht beruht, handelt es sich ebenfalls um einen unbefristeten Aufenthaltstitel, den Ausländer nach fünfjährigem rechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland erhalten. Dieser Titel beinhaltet das Recht auf Weiterwanderung in einen anderen Mitgliedstaat und bietet, wie die Niederlassungserlaubnis, eine weitgehende Gleichstellung von Drittstaatsangehörigen mit eigenen Staatsangehörigen z.B. beim Arbeitsmarktzugang und bei sozialen Leistungen. Aufenthaltstitel, die vor der Einreise von einer deutschen Auslandsvertretung ausgestellt werden, heißen Visum. Grundsätzlich besteht die Verpflichtung, vor der Einreise ein Visum einzuholen. Die Voraussetzung für die Erteilung eines Visums richtet sich dabei nach den Voraussetzungen für den im Anschluss erstrebten Aufenthaltstitel (vgl. § 6 Abs. 4 Satz 2 AufenthG).
Ausländer	Ausländer ist jeder, der nicht Deutscher im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist (§ 2 Abs. 1 AufenthG). Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes knüpft in erster Linie an den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit an.
Ausländerbehörden	Die Ausländerbehörden sind die für aufenthalts- und passrechtliche Maßnahmen und Entscheidungen nach dem "Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet" und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen zuständigen Stellen (§ 71 AufenthG). Sie sind damit auch erste Ansprechstelle für alle Fragen zu einem konkreten Einzelfall in diesen Bereichen. Allgemeine Bürgeranfragen zum Zuwanderungsgesetz (z.B. zum Fami-



	<p>liennachzug oder zu notwendigen Sprachkenntnissen) beantwortet auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) unter folgender Telefonnummer: 0911/943-6390. Der Bürgerservice ist außerdem per Email erreichbar: <a href="mailto:info.buerger@bamf.bund.de">info.buerger@bamf.bund.de</a> bzw. unter <a href="http://www.integration-in-deutschland.de">www.integration-in-deutschland.de</a>.</p> <p>Die Anschrift lautet: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Frankens- straße 210, 90461 Nürnberg, im Internet: <a href="http://www.bamf.de">www.bamf.de</a>.</p>
Ausweisung	<p>Die Ausweisung ist ein spezifisch ausländerrechtlicher Verwaltungsakt, durch den der Aufenthaltstitel erlischt und der Ausländer zur Ausreise verpflichtet wird. Sie beendet die Rechtmäßigkeit des Aufenthalts eines Ausländers.</p> <p>In Fällen schwerster Kriminalität und bei Verurteilung wegen Einschleu- sens zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung ist ein Ausländer zwin- gend auszuweisen. Eine Ausweisung ist möglich, wenn der Aufenthalt des Ausländers die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt.</p>
Bundesverwaltungsamt	<p>Aufgaben des Bundesverwaltungsamtes: Das Bundesverwaltungsamt (BVA) ist der zentrale Dienstleister des Bundes. Es nimmt mehr als 100 verschiedene Aufgaben für die Bun- desministerien und ihre Geschäftsbereiche wahr. Dazu gehören Fach- aufgaben, zentralisierte Querschnittsaufgaben und Modernisierungshil- fen. Mit seinen breit gefächerten Fachaufgaben setzt das BVA auf wich- tigen Gebieten die politische Arbeit der Ressorts administrativ um und kooperiert partnerschaftlich mit einer Vielzahl anderer Bundes-, Landes- und kommunalen Behörden, mit Nichtregierungsorganisationen sowie mit Millionen von Bürgerinnen und Bürgern. Dazu gehört die Förderung von Sport und Kultur, der politischen Stiftungen der Kinder- und Ju- gendhilfe usw.</p> <p>Weitere Schwerpunkte bilden die Zuständigkeiten für das Auslands- schulwesen, die Ausbildung, die Bearbeitung von BAföG-Darlehen, die Aussiedleraufnahme sowie die Staatsangehörigkeitsangelegenheiten. Durch den Einsatz modernster Techniken im Ausländerzentralregister und Visumverfahren hat die Netzknotenfunktion des BVA in der natio- nalen und europäischen Sicherheitsarchitektur zunehmende Bedeu- tung.</p>
Binnenflüchtlinge oder Binnenvertriebene	<p>Binnenflüchtlinge oder Binnenvertriebene sind diejenigen, die innerhalb ihres Heimatlandes auf der Flucht sind, d.h. keine international aner- kannte Grenze überschreiten.</p>
Blaue Karte EU	<p>Die Blaue Karte EU wurde zur Umsetzung der Hochqualifizierten- Richtlinie eingeführt und ist der zentrale Aufenthaltstitel der <a href="#">Arbeitsmig- ration</a>.</p> <p>Grundvoraussetzung für die Erteilung der Blauen Karte EU ist, dass der Ausländer über ein abgeschlossenes Hochschulstudium verfügt. Ferner hat der Antragsteller einen Arbeitsvertrag oder ein verbindliches Ar- beitsplatzangebot mit einem bestimmten Mindestgehalt vorzulegen. Bei erstmaliger Erteilung wird die Blaue Karte EU auf höchstens vier Jahre befristet, wenn der Arbeitsvertrag eine entsprechende oder län- gere Laufzeit vorsieht. Beträgt die Dauer des Arbeitsvertrages weniger als vier Jahre, wird die Blaue Karte EU für die Dauer des Arbeitsvertra- ges zuzüglich dreier Monate ausgestellt.</p> <p>Inhaber einer Blauen Karte EU haben nach 33 Monaten hochqualifizier- ter Beschäftigung Anspruch auf Erteilung einer Niederlassungserlaub- nis. Soweit deutsche Sprachkenntnisseder Stufe B1 bereits früher</p>



	nachgewiesen werden, wird die Niederlassungserlaubnis bereits nach 21 Monaten hochqualifizierter Beschäftigung erteilt.
Bleiberecht und gesetzliche Altfallregelung	<p>Ziel einer solchen Regelung ist es, für langfristig geduldete Ausländer eine Perspektive in Deutschland mit einem gesicherten Aufenthaltsrecht zu eröffnen.</p> <p>Die Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern hatte sich dieser Problematik auf ihrer Sitzung im November 2006 angenommen und eine zeitlich befristete Regelung beschlossen, mit der für den Teil der Geduldeten, die bereits jetzt in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, eine rasche Lösung gefunden wurde.</p> <p>Im Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union wurde eine daran anschließende Altfallregelung (§ 104a AufenthG) aufgenommen.</p> <p>Geduldete, die sich am 1. Juli 2007 mindestens acht Jahre oder, falls in häuslicher Gemeinschaft mit einem oder mehreren minderjährigen Kindern lebend, seit sechs Jahren in Deutschland aufhalten, eine aktive Bereitschaft zur Integration zeigen, über ausreichend Wohnraum verfügen, hinreichende mündliche Deutschkenntnisse besitzen, sich rechts-treu verhalten und die Ausländerbehörden nicht vorsätzlich getäuscht haben, erhalten zunächst ein bis zum 31. Dezember 2009 befristetes Aufenthaltsrecht und einen gleichrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt, damit sie ohne Inanspruchnahme öffentlicher Sozialleistungen durch Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt bestreiten können.</p> <p>Nach dem 31. Dezember 2009 wird die Aufenthaltserlaubnis nur verlängert, wenn für die Zukunft Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Ausländer seinen Lebensunterhalt sichern kann und er nachweist, dass er in der Vergangenheit überwiegend erwerbstätig war.</p> <p>Gut integrierte Kinder können im Falle der Ausreise ihrer Eltern unter erleichterten Voraussetzungen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht (§ 104b AufenthG) erhalten, wenn ihren Eltern eine Aufenthaltserlaubnis nach § 104a nicht erteilt oder verlängert wurde, etwa weil sie die Ausländerbehörde vorsätzlich über aufenthaltsrechtlich relevante Umstände getäuscht oder Straftaten begangen haben.</p>
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)	<p>Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nimmt als Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums Aufgaben u. a. in den Bereichen Asyl, Integration, Rückkehrförderung und jüdische Zuwanderung wahr. Es ist aus dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hervorgegangen.</p> <p>Durch das Zuwanderungsgesetz sind ihm neue Aufgaben übertragen worden.</p> <p>Das Bundesamt ist, wie seither, zuständig für die Durchführung von Asylverfahren und die Feststellung der Flüchtlingseigenschaft sowie von sogenannten zielstaatsbezogenen Abschiebungsverboten.</p> <p>In folgenden Bereichen ist das BAMF nach der Aufgabenübertragung durch das Zuwanderungsgesetz schwerpunktmäßig zusätzlich tätig:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Integration: Durchführung der Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz (Entwicklung von Kurskonzepten, Zulassung der Sprachkursträger, Qualitätskontrolle) und der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer, Bundesweites Integrationsprogramm, Förderung von Integrationsprojekten.</li><li>• Rückkehrförderung: Mitwirkung bei der Förderung der freiwilligen Rückkehr von vorübergehend aufgenommenen Flüchtlingen und anderen ausreisepflichtigen Personen nach den Programmen REAG (Reintegration and Emigration Programme for Asylum</li></ul>





	<p>Seekers in Germany) und GARP (Gouvernement assisted Repatriation Programme).</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Ausländerzentralregister (AZR): Führung des AZR als eines der bedeutendsten Register der öffentlichen Verwaltung. Das AZR besteht aus einem allgemeinen Datenbestand und einer Visadatei und enthält derzeit insgesamt fast 25 Mio. Datensätze.</li><li>• Migrationsforschung: Betreiben wissenschaftlicher Forschungen über Migrationsfragen (Begleitforschung) zur Gewinnung analytischer Aussagen über die Steuerung der Zuwanderung.</li></ul> <p>Seit dem 1. Juli 2007 führt das Bundesamt das Aufnahmeverfahren für jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion durch. Das Bundesamt ist zudem zuständige Behörde für den Europäischen Flüchtlingsfond, den Europäischen Integrationsfond und den Europäischen Rückkehrfond.</p> <p>Weitere Informationen finden Sie <a href="#">hier</a>.</p>
Daueraufenthalt-EG	<p>Dieser Aufenthaltstitel (§ 9a AufenthG) wurde in Umsetzung der Richtlinien 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 eingeführt. Es handelt sich dabei um einen unbefristeten Aufenthaltstitel, den Ausländer aus Drittstaaten nach fünfjährigem rechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland erhalten. Dieser Titel gewährt ein Recht auf Weiterwanderung in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) und bietet, wie die Niederlassungserlaubnis, eine weitgehende Gleichstellung von Drittstaatsangehörigen mit eigenen Staatsangehörigen z.B. beim Arbeitsmarktzugang und bei sozialen Leistungen. Inhabern einer Blauen Karte EU werden Aufenthaltszeiten in anderen Mitgliedstaaten angerechnet, wenn der Aufenthalt dort mindestens 18 Monate betrug.</p>
Drittstaatsangehörige	<p>Während der Begriff Unionsbürger jeden Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaats umfasst, sind Drittstaatsangehörige Angehörige von Staaten, die nicht der EU bzw. dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) angehören.</p>
Duldung	<p>Mit der Duldung (§ 60a AufenthG) wird die Abschiebung eines ausreisepflichtigen Ausländers ausgesetzt. Sie ist kein Titel, der zum Aufenthalt berechtigt. Die Ausreiseverpflichtung wird durch die Duldung nicht aufgehoben, lediglich ihre Vollziehung wird zeitweise ausgesetzt. Eine Duldung ist zu erteilen, wenn die Ausreise aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich ist und die Voraussetzungen zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nicht vorliegen. Darüber hinaus kann einem Ausländer eine Duldung nach Ermessen erteilt werden, wenn dringende humanitäre oder persönliche Gründe oder erhebliche öffentliche Interessen seine vorübergehende Anwesenheit im Bundesgebiet erfordern, sich der Aufenthaltswirk jedoch nicht zu einem rechtlichen Abschiebehindernis verdichtet hat und tatsächliche Abschiebungshindernisse nicht vorliegen. Hiervon ist bei vollziehbar ausreisepflichtigen Zeugen von Verbrechen, deren vorübergehende Anwesenheit des Ausländers im Bundesgebiet zur Erforschung des Sachverhalts von der Staatsanwaltschaft oder dem Strafgericht für sachgerecht erachtet werden, stets auszugehen, so dass in diesen Fällen eine Duldung zu erteilen ist.</p> <p>Die oberste Landesbehörde kann aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen die Abschiebung von Ausländern aus bestimmten Staaten und für bestimmte Ausländergruppen für längstens sechs Monate aussetzen (§ 60a AufenthG). Nach diesem Zeitraum kann die oberste Landesbehörde eine Verlängerung des Abschiebestopps anordnen, wenn das Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern besteht.</p>



	Darüber hinaus kann bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen auch eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen erteilt werden.
Einbürgerung	Mit dem Zuwanderungsgesetz sind die wesentlichen Vorschriften zum Staatsangehörigkeitsrecht in einem Gesetz zusammengefasst worden. Die Vorschriften zur Anspruchseinbürgerung, die bislang im Ausländergesetz (AuslG) geregelt waren, sind jetzt nahezu unverändert in das Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) übernommen worden. Zuständig für die Durchführung der Einbürgerungsverfahren der in Deutschland lebenden Ausländer sind weiterhin die Einbürgerungsbehörden der Länder.
Einreiseverweigerung oder Zurückweisung	Die Einreiseverweigerung/Zurückweisung ist eine polizeiliche Maßnahme zur Verhinderung einer unerlaubten Einreise (vgl. § 15 AufenthG). Einem Angehörigen eines Staates, der nicht der EU angehört, kann die Einreise in das Hoheitsgebiet der EU versagt werden, wenn er <ul style="list-style-type: none"><li>• nicht im Besitz eines gültigen Passes oder Passersatzes ist,</li><li>• nicht im Besitz eines erforderlichen gültigen Aufenthaltstitels ist,</li><li>• nicht die sonstigen erforderlichen Dokumente über seinen Aufenthaltsweg und die Umstände seines Aufenthaltes vorweisen kann,</li><li>• nicht über die entsprechenden Mittel zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes und einen ausreichenden Krankenversicherungsschutz verfügt,</li><li>• zur Einreiseverweigerung ausgeschrieben ist,</li><li>• einen Ausweisungsgrund erfüllt,</li><li>• eine Gefahr für die öffentliche Ordnung, die nationale Sicherheit oder die internationalen Beziehungen einer der Vertragsparteien des Schengener Durchführungsübereinkommens darstellt, oder</li><li>• Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass er einer Vereinigung angehört oder angehört hat, die den Terrorismus unterstützt, oder er eine derartige Vereinigung unterstützt oder unterstützt hat.</li></ul>
Einwanderung	In Deutschland wird nur dann von „Einwanderung“ gesprochen, wenn Einreise und Aufenthalt von vornherein auf Dauer geplant und zugelassen werden. In den letzten Jahren haben sich außerdem die aus der politischen Diskussion stammenden Begriffe der „Zuwanderung“ und der „Zuwanderer“ für alle Formen der grenzüberschreitenden Migration (lang- und kurzfristig) eingebürgert.
EU-Harmonisierung	Die Wurzeln der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Asyl- und Einwanderungspolitik reichen bis in das Jahr 1975 zurück, in dem bereits eine Zusammenarbeit auf zwischenstaatlicher Basis stattfand. Durch den 1999 in Kraft getretenen Vertrag von Amsterdam erhielt die Europäische Gemeinschaft jedoch erstmals weit reichende Gesetzgebungskompetenzen im Bereich Asyl und Einwanderung. Seither hat die EU eine Reihe von Rechtsakten im Zuwanderungsbereich erlassen. Anders als EG-Verordnungen, die unmittelbar in allen Mitgliedstaaten gelten, müssen EG-Richtlinien durch die Mitgliedstaaten in ihr nationales Recht umgesetzt werden. Nachdem bereits durch das Zuwanderungsgesetz die Richtlinie zur Gewährung von vorübergehendem Schutz im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen, die Richtlinie zur Anerkennung von Rückführungsentscheidungen anderer Mitgliedstaaten und die Richtlinie zur Ergänzung der Regelungen nach Art. 26 des Schengener Durchführ-



	<p>rungsübereinkommens (Zwangsgeld gegen Beförderungsunternehmen) umgesetzt worden sind, wurden mit dem Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union weitere 11 und mit dem sogenannten 2. Richtlinienumsetzungsgesetz weitere 2 Richtlinien umgesetzt.</p>
Familiennachzug	<p>Das AufenthG regelt den Nachzug von Ehegatten und Kindern aus Staaten außerhalb der EU. Mit dem am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetz wurde an der bis dahin geltenden Rechtslage unter weitgehender Berücksichtigung der Familiennachzugsrichtlinie der EU festgehalten. Das am 28. August 2007 in Kraft getretene Richtlinienumsetzungsgesetz setzt die Familiennachzugsrichtlinie der EU um. Darüber hinaus wurden mit dem Richtlinienumsetzungsgesetz wesentliche Änderungen im Ehegattennachzug zur Förderung der Integration und Verhinderung von Zwangsverheiratungen eingeführt. So ist der Ehegattennachzug zu Deutschen und Ausländern in der Regel davon abhängig, dass beide Ehegatten ein Mindestalter von 18 Jahren erreicht haben und der nachziehende Ehegatte sich zumindest auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen kann. In bestimmten Fällen sieht das Gesetz vor, dass vom Mindestalter und/oder dem Sprachnachweis abzusehen ist.</p> <p>Beim Kindernachzug zu Ausländern besteht ein Nachzugsanspruch bis zum 18. Lebensjahr für Kinder von Asylberechtigten, GFK-Flüchtlingen (Konventionsflüchtlingen) sowie bei der Einreise im Familienverbund oder bei Beherrschung der deutschen Sprache oder im Falle einer positiven Integrationsprognose.</p> <p>Als maßgebliche Altersgrenze gilt im Übrigen das 16. Lebensjahr sowie eine restriktive Ermessensregelung, bei der aber Kindeswohl und die familiäre Situation zu berücksichtigen sind.</p> <p>Voraussetzung für den Familiennachzug zu einem Ausländer ist nach § 29 AufenthG allgemein, dass</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• der bereits hier lebende Ausländer eine Niederlassungserlaubnis, eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG oder eine Aufenthaltserlaubnis besitzt,</li><li>• ausreichender Wohnraum zur Verfügung steht,</li><li>• der Lebensunterhalt des Familienangehörigen ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel gesichert ist und</li><li>• kein Ausweisungsgrund vorliegt.</li></ul> <p>Darüber hinaus müssen je nach Fallkonstellation weitere Voraussetzungen erfüllt werden.</p> <p>Abweichend hiervon kann bei Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen von dem Nachweis ausreichenden Wohnraums und eigenständiger Unterhaltssicherung abgesehen werden, weil diese wegen ihrer politischen Verfolgung nicht in ihrem Herkunftsland mit ihrer Familie zusammenleben können. Minderjährige ledige Kinder von Deutschen und Eltern von minderjährigen ledigen Deutschen haben auch ohne den Nachweis ausreichenden Wohnraums und der Unterhaltssicherung Anspruch auf eine Aufenthaltserlaubnis. Beim Ehegattennachzug zu Deutschen kann bei Vorliegen besonderer Umstände ausnahmsweise der Nachweis der Lebensunterhaltssicherung gefordert werden. Einem Ausländer, der eine Aufenthaltserlaubnis aus bestimmten humanitären Gründen besitzt, kann der Nachzug seiner Familienangehörigen nur nach den Umständen des Einzelfalls gestattet werden; außerdem muss die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis an die Familienangehörigen aus humanitären oder völkerrechtlichen Gründen erfolgen. Soweit die Auf-</p>





	enthaltserlaubnis nur für einen vorübergehenden Aufenthalt oder nach der gesetzlichen Altfallregelung (§ 104a Abs. 1 Satz 1, § 104b AufenthG) erteilt wurde oder weil eine Abschiebung über einen längeren Zeitraum nicht möglich ist, wird ein Familiennachzug nicht gewährt (§ 29 Abs. 3 AufenthG).
Flüchtlinge	Gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) sind Flüchtlinge Personen, die sich aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung außerhalb des Landes befinden, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, oder die sich als Staatenlose aus der begründeten Furcht vor solchen Ereignissen außerhalb des Landes befinden, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatten. Als Konventionsflüchtlinge werden Ausländer bezeichnet, die in Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention in Deutschland Flüchtlingschutz genießen, auch wenn sie keinen Anspruch auf Asyl nach Art. 16a Grundgesetz haben. Die Anerkennung als ausländischer Flüchtling erfolgt in Deutschland im Rahmen des Asylverfahrens durch Feststellung eines Abschiebungsverbotes nach § 60 Abs. 1 AufenthG (vgl. § 3 Abs. 1 AsylVfG) und Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft (§ 3 Abs. 4 AsylVfG). Asylberechtigte genießen auch die Rechtsstellung von Flüchtlingen nach der Genfer Flüchtlingskonvention (§ 2 Abs. 1 AsylVfG).
Forscher	Die Globalisierung verlangt eine größere Mobilität von Forschern. Zur Vereinfachung der Verfahren zur Einreise und Aufnahme der Forschungstätigkeit hat die EU im Oktober 2005 eine Richtlinie über ein besonderes Zulassungsverfahren für Drittstaatsangehörige zum Zweck der wissenschaftlichen Forschung erlassen. Die wichtigsten Regelungen dieses Zulassungsverfahrens sind in § 20 des AufenthG und in den §§ 38a bis 38f der Aufenthaltsverordnung zu finden. Forschungseinrichtungen, die Forscher in dem besonderen Verfahren einstellen möchten, müssen zuvor durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge anerkannt werden. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge veröffentlicht im Internet ( <a href="http://www.bamf.de">www.bamf.de</a> ) eine aktuelle Liste der Bezeichnungen und Anschriften der anerkannten Forschungseinrichtungen sowie weitergehende Informationen zum Anerkennungsverfahren von Forschungseinrichtungen und zum Einreiseverfahren der Forscher.
Freizügigkeit	Jeder Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der EU hat als <a href="#">Unionsbürger</a> grundsätzlich das Recht, sich in der EU frei zu bewegen, in jeden anderen Mitgliedstaat einzureisen und sich dort aufzuhalten. Dieses Recht auf Freizügigkeit ist in Artikel 21 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU garantiert. In Deutschland ist dieses Recht im Freizügigkeitsgesetz/EU umgesetzt. Unionsbürger benötigen keine Aufenthaltserlaubnis. Sie haben uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang. Für nichterwerbstätige Unionsbürger gelten besondere Voraussetzungen (§ 2 Abs. 2 Nr. 5 FreizügG/EU). Sie sind nur dann freizügigkeitsberechtigt, wenn sie über ausreichenden Krankenversicherungsschutz und ausreichende Existenzmittel für sich und ihre Familienangehörigen für die gesamte Dauer ihres Aufenthalts verfügen (§ 4 Satz 1 FreizügG/EU). Die Existenzmittel müssen so bemessen sein, dass keine Sozialhilfeleistungen in Anspruch genommen werden müssen. Existenzmittel sind alle gesetzlich zugelassenen Einkommen und Vermögen in Geld oder Geldeswert oder sonstige eigene Mittel, insbesondere Un-



	<p>terhaltsleistungen von Familienangehörigen oder Dritten, so auch Renten. Als ausreichender Krankenversicherungsschutz kann der Umfang angesehen werden, den eine gesetzliche Krankenversicherung bieten würde.</p> <p>Die Ausländerbehörde/Meldestelle kann verlangen, dass der Unionsbürger das Vorliegen dieser Voraussetzungen für sein Aufenthaltsrecht glaubhaft macht.</p> <p>Das Freizügigkeitsrecht für Unionsbürger aus den am 1. Juli 2007 beigetretenen Ländern Bulgarien und Rumänien wird für eine Übergangszeit bis Ende 2013 lediglich hinsichtlich des Zugangs zum Arbeitsmarkt eingeschränkt.</p>
Gastarbeiter	<p>Vor dem Anwerbestopp von 1973 wurden die damals staatlich angeworbenen ausländischen Arbeitnehmer in der Umgangssprache als „Gastarbeiter“ bezeichnet.</p>
Green Card	<p>Green-Card-Regelung bezeichnet das Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau des IT-Fachkräftemangels aus dem Jahr 2000. Durch zwei Verordnungen wurde es IT-Fachkräften aus Staaten außerhalb des europäischen Wirtschaftsraums ermöglicht, in Deutschland für bis zu fünf Jahre zu arbeiten. Voraussetzung für die Erteilung einer Arbeitserlaubnis war der Abschluss einer Hoch- bzw. Fachhochschulausbildung mit Schwerpunkt Informations- und Kommunikationstechnologie oder der Nachweis einer Vereinbarung mit dem Arbeitgeber über ein Bruttojahresgehalt von mindestens 51.000 Euro.</p> <p>Das Zuwanderungsgesetz ist noch vor Auslaufen der ersten auf fünf Jahre befristeten Green Cards in Kraft getreten. Nach Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes behielt die einer IT-Fachkraft erteilte Aufenthaltserlaubnis ihre Gültigkeit bis zum Ablauf ihrer geplanten Geltungsdauer.</p> <p>Nach fünf Jahren Aufenthalt und Beschäftigung bestand die Möglichkeit, ein Daueraufenthaltsrecht zu erhalten, wenn die dazu vorgesehenen weiteren Voraussetzungen, wie z.B. ausreichende deutsche Sprachkenntnisse und ein gesicherter Lebensunterhalt erfüllt waren.</p>
Härtefallregelung	<p>Es handelt sich um eine Regelung nach § 23a AufenthG, mit der in besonders gelagerten, humanitären Fallgestaltungen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann, auch wenn der Ausländer vollziehbar ausreisepflichtig ist. Voraussetzung ist, dass ein Ersuchen an die Härtefallkommission gestellt wird und diese die oberste Landesbehörde ersucht, dem Ausländer einen Aufenthaltstitel zu erteilen. Sie entscheidet nach Ermessen. Es besteht weder ein Anspruch auf das Stellen eines Ersuchens durch die Härtefallkommission noch auf die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis durch die zuständige Landesbehörde.</p> <p>Mit der Einführung der Härtefallregelung durch das Zuwanderungsgesetz ist eine seit Jahren von karitativen Organisationen, von den Kirchen und Flüchtlingsverbänden erhobene Forderung umgesetzt worden.</p>
Hochqualifizierte	<p>Das Zuwanderungsgesetz hat den Aufenthaltsstatus für Hochqualifizierte deutlich verbessert. Spitzenkräfte aus Forschung, Wissenschaft und Lehre, die ein Arbeitsplatzangebot haben, können ohne Arbeitsmarkprüfung und Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zugelassen werden. Sie können von Anfang an eine Niederlassungserlaubnis erhalten.</p> <p>Mit- oder nachziehende Familienangehörige sind zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt. Als Hochqualifizierte gelten insbesondere Wissenschaftler mit besonderer Qualifikation und Lehrpersonen in her-</p>



	ausgehobener Funktion. Ein Mindestgehalt ist für diese Personengruppe nicht vorgesehen.
Illegale	Als „Illegale“ werden in der öffentlichen Diskussion diejenigen Ausländer bezeichnet, die sich unerlaubt und ohne Kenntnis der zuständigen Behörden in Deutschland aufhalten. So genannte „Illegale“ haben Zugang zur Gesundheitsversorgung nach den Bestimmungen des Asylbewerberleistungsgesetzes. Der Koalitionsvertrag vom 11. November 2005 enthält einen Prüfauftrag zum Themenkomplex „Illegalität“.
Illegale Beschäftigung	Illegale Beschäftigung liegt vor, wenn ein Ausländer entgegen bestehender Verpflichtung ohne Erlaubnis der Ausländerbehörde bzw. als Staatsangehöriger eines neuen EU-Beitrittsstaates, der nach Maßgabe des Beitrittsvertrages Übergangsregelungen hinsichtlich der Arbeitnehmerfreizügigkeit unterliegt, ohne Arbeitsgenehmigung der Bundesagentur für Arbeit einer Beschäftigung nachgeht.
Integration	Integration ist ein langfristiger Prozess, der zum Ziel hat, alle Menschen, die dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland leben, in die Gesellschaft einzubeziehen. Zuwanderern soll eine umfassende, möglichst gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglicht werden. Zuwanderer haben die Pflicht, die deutsche Sprache zu erlernen sowie die Verfassung und die Gesetze zu kennen, zu respektieren und zu befolgen. Gleichzeitig muss den Zuwanderern ein gleichberechtigter Zugang möglichst zu allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglicht werden.
Integrationskurs	Der Integrationskurs ist in einen Basis- und Aufbau Sprachkurs ( <a href="#">Sprachkurs</a> ) sowie einen <a href="#">Orientierungskurs</a> unterteilt. Basis- und Aufbau Sprachkurs bestehen aus jeweils drei Kursabschnitten mit unterschiedlichen Leistungsstufen. Der Orientierungskurs, der im Anschluss an den Sprachkurs stattfindet, vermittelt Kenntnisse über die deutsche Rechtsordnung, Kultur und Geschichte. Sprach- und Orientierungskurs werden jeweils mit bundesweit einheitlichen Tests abgeschlossen. Mit dem Nachweis eines erfolgreich abgeschlossenen Kurses besteht für den Migranten die Möglichkeit, die Wartezeit bis zur Erteilung einer Niederlassungserlaubnis bzw. - falls angestrebt - bis zum Erwerb der Staatsangehörigkeit zu verkürzen. Der Integrationskurs findet auf Deutsch statt.
Konventionsflüchtlinge	Als Konventionsflüchtlinge werden Ausländer bezeichnet, die in Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention in Deutschland Flüchtlingschutz genießen, auch wenn sie keinen Anspruch auf Asyl nach Art. 16a Grundgesetz haben, weil sie zum Beispiel über einen sicheren Drittstaat eingereist sind. Die Feststellung der Flüchtlingseigenschaft nach § 3 Asylverfahrensgesetz in Verbindung mit § 60 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz erfolgt in Deutschland im Rahmen des Asylverfahrens.
Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer	Seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes sind die vom Bund geförderten Beratungsdienste zusammengelegt und neu strukturiert worden. Seit dem 1. Januar 2005 erfolgt die Beratung für erwachsene Zuwanderinnen und Zuwanderer durch die Migrationsberatung. Der Schwerpunkt der Migrationsberatung liegt auf der Initiierung und Unterstützung des Integrationsprozesses durch eine professionelle Einzelfallberatung (Case-Management). Sie dient dazu, die Kompetenzen der Zuwanderinnen und Zuwanderer festzustellen, mit ihnen gemeinsam einen individuellen Förderplan zu erstellen und dessen Umsetzung zu begleiten. Die Durchführung der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer obliegt dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das hierzu ein bun-



	<p>desweites Netz von Beratungsstellen eingerichtet hat. Dieses Beratungsnetz besteht an rund 600 Standorten bundesweit, nähere Informationen unter <a href="http://www.integration-in-deutschland.de">www.integration-in-deutschland.de</a> des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.</p>
Migrationshintergrund	<p>Personen mit Migrationshintergrund sind alle nach 1949 in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen <a href="#">Ausländer</a> und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.</p> <p>Mit rund 16 Mio. stellen Personen mit Migrationshintergrund etwa ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland, darunter sind rund 9 Mio. Deutsche. Diese Zahlen belegen den Wandel in der deutschen Gesellschaft und verweisen auf die große Bedeutung des Integrationsthemas.</p>
Niederlassungserlaubnis	<p>Im Unterschied zu der <a href="#">Aufenthaltserlaubnis</a> ist die Niederlassungserlaubnis ein unbefristeter <a href="#">Aufenthaltstitel</a>. Sie berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit, ist räumlich unbeschränkt und darf außer in durch das AufenthG zugelassenen Fällen nicht mit einer Nebenbestimmung versehen werden.</p> <p>Die allgemeinen Voraussetzungen sind in § 9 AufenthG festgelegt. Sonderregelungen existieren beispielsweise für <a href="#">Hochqualifizierte</a>, für eine Erteilung der Niederlassungserlaubnis auf Grund einer Anordnung der obersten Landesbehörden nach § 23 Abs. 2 AufenthG und für Ausländer, die aus humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten.</p>
Orientierungskurs	<p>Der Orientierungskurs ergänzt das Sprachkursangebot im <a href="#">Integrationskurs</a> und dient der Vermittlung von Alltagswissen sowie von Kenntnissen der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte in Deutschland, insbesondere auch der Werte des demokratischen Staatswesens der Bundesrepublik Deutschland und der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung, Toleranz und Religionsfreiheit. Der Orientierungskurs umfasst 60 Unterrichtsstunden und findet im Anschluss an den Sprachkurs statt. Er wird mit einem bundeseinheitlichen Test abgeschlossen.</p>
Sicherheit	<p>Bei der Gestaltung des Aufenthaltsrechts sind auch Sicherheitserfordernisse zu berücksichtigen.</p> <p>Die wichtigsten Regelungen in diesem Bereich:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Die <a href="#">Abschiebungsanordnung</a> regelt die Abschiebung auf Grund einer „tatsachengestützten Gefahrenprognose“.</li><li>• Falls der Vollzug der <a href="#">Abschiebung</a> an Abschiebungsverboten, wie Gefahr der Folter oder Todesstrafe, scheitert, sollen Meldeauflagen, Einschränkungen der Freizügigkeit und strafbewehrte Kommunikationsverbote erhöhte Sicherheit bringen.</li><li>• Werden so genannte Schleuser zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt, stellt dies einen zwingenden Ausweisungsgrund dar.</li><li>• Wenn Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass ein Ausländer einer Vereinigung angehört, die den Terrorismus unterstützt oder er eine derartige Vereinigung unterstützt hat, erfolgt eine Regelausweisung. Diese Regelausweisung betrifft auch Leiter von verbotenen Vereinen.</li><li>• Zudem gibt es einen Ermessensausweisungstatbestand für so genannte geistige Brandstifter (z.B. „Hetzer“ in Moscheen).</li><li>• Bevor eine <a href="#">Niederlassungserlaubnis</a> erteilt oder eine Entscheidung</li></ul>



	<p>über eine Einbürgerung gefällt wird, wird eine Regelanfrage über verfassungsfeindliche Erkenntnisse durchgeführt.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Es werden Identitätssichernde Maßnahmen gegenüber allen Antragstellern eines nationalen (Langzeit-) Visums ergriffen durch Abnahme von Lichtbildern und Fingerabdrücken und deren Speicherung entsprechend den Regelungen auf europäischer Ebene für den vergemeinschafteten Bereich der Schengen-Visa.</li><li>• Alle im Visumverfahren bekannt gewordenen Referenzpersonen im Rahmen von Anfragen bei den Sicherheitsbehörden nach § 73 Abs. 1 AufenthG auf Sicherheitsbedenken jedweder Art überprüft.</li><li>• Sicherheitsbedenken werden durch die Sicherheitsbehörden auch nach Ausstellung eines <a href="#">Aufenthaltstitels</a> während dessen Gültigkeitszeitraum im Rahmen der Anfragen nach § 73 Abs. 1 und 2 AufenthG unverzüglich mitgeteilt.</li></ul>
Spätaussiedler	<p>Hierbei handelt es sich um deutsche Volkszugehörige aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und den anderen früheren Ostblockstaaten, die im Wege eines speziellen Aufnahmeverfahrens ihren Aufenthalt in Deutschland begründet haben. Sofern Familienangehörige gemeinsam mit dem Spätaussiedlerbewerber im Rahmen dieses Aufnahmeverfahrens nach Deutschland aussiedeln möchten, müssen sie seit dem 1. Januar 2005 Grundkenntnisse der deutschen Sprache nachweisen.</p> <p>Siehe auch <a href="#">Familiennachzug</a></p> <p>Für die Durchführung des Aufnahmeverfahrens ist das Bundesverwaltungsamt zuständig.</p>
Sprachkurs	<p>Der Sprachkurs dient dem Erwerb ausreichender Kenntnisse der deutschen Sprache. Das Ziel ist erreicht, wenn sich ein Kursteilnehmer im täglichen Leben in seiner Umgebung selbständig sprachlich zurechtfinden und ein seinem Alter und Bildungsstand entsprechendes Gespräch führen kann. Dazu gehört es auch, über Erfahrungen und Ereignisse berichten und zu eigenen Ansichten kurze Begründungen und Erklärungen geben zu können sowie einen deutschsprachigen Text des täglichen Lebens lesen, verstehen und seine wesentlichen Inhalte mündlich und schriftlich wiedergeben zu können. Der Sprachkurs strebt daher „ausreichende Sprachkenntnisse“ an, wie sie mit dem Sprachniveau B 1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen beschrieben sind.</p> <p>Der Sprachkurs ist Bestandteil des <a href="#">Integrationskurses</a> und in einen Basis- und einen Aufbausprachkurs mit zusammen 600 Unterrichtsstunden unterteilt. Basis- und Aufbausprachkurs bestehen aus jeweils drei Kursabschnitten mit unterschiedlichen Leistungsstufen. Der Sprachkurs wird als ganztägiger Unterricht mit höchstens 25 Wochenunterrichtsstunden oder als Teilzeitunterricht angeboten. Der Kurs soll bei ganztägigem Unterricht nicht länger als sechs Monate dauern.</p> <p>Teilnahmeberechtigte, die ordnungsgemäß am Integrationskurs teilgenommen haben, können zur einmaligen Wiederholung des Aufbausprachkurses (300 Unterrichtsstunden) zugelassen werden, wenn sie in dem Sprachtest nach § 17 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 IntV nicht erfolgreich waren.</p> <p>Der Sprachkurs wird abgeschlossen durch den skalierten Sprachtest „Deutsch Test für Zuwanderer“, der die Sprachkompetenz auf den Niveaustufen A 2 und B 1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen nachweist.</p>





Subsidiär Geschützte	<p>Der Begriff "subsidiär Geschützte" bezeichnet Ausländer, die Abschiebungsschutz genießen, weil ihnen die konkrete Gefahr der Todesstrafe oder der Folter oder anderer unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung droht oder weil die Unzulässigkeit der Abschiebung aus der Anwendung der Europäischen Menschenrechtskonvention resultiert. Subsidiärer Schutz wird auch gewährt, wenn bei <a href="#">Abschiebung</a> eine erhebliche konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht. Diese kann auch aus schweren, im Herkunftsland nicht oder nicht angemessen behandelbaren Krankheiten resultieren.</p> <p>Der Status von subsidiär Geschützten wurde durch das Zuwanderungsgesetz verbessert, indem diesen nunmehr eine <a href="#">Aufenthaltserlaubnis</a> erteilt werden soll (§ 25 Abs. 3 AufenthG). Dies gilt nicht für Personen, die Menschenrechtsverletzungen oder ähnliche schwere Straftaten begangen haben.</p>
Unerlaubte Einreise	<p>Die Einreise eines <a href="#">Ausländers</a> in das Bundesgebiet ist unerlaubt, wenn er nicht den erforderlichen <a href="#">Aufenthaltstitel</a> oder den erforderlichen Pass besitzt. Die Einreise ist auch unerlaubt, wenn sie im Falle einer Einreisesperre ohne Betretenserlaubnis erfolgt (§ 14 in Verbindung mit § 11 AufenthG).</p>
Unionsbürger	<p>Jeder Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der EU hat als Unionsbürger grundsätzlich das Recht, sich in der EU frei zu bewegen, in jeden anderen Mitgliedstaat einzureisen und sich dort aufzuhalten. Dieses Recht auf <a href="#">Freizügigkeit</a> ist in Artikel 21 des Vertrages garantiert. Es umfasst grundsätzlich auch die Familienangehörigen von Unionsbürgern, die selbst Staatsangehörige eines Drittstaats sind.</p> <p>Während der ersten drei Monate des Aufenthalts haben Unionsbürger, die einen gültigen Reisepass oder Personalausweis besitzen, ein Aufenthaltsrecht, ohne weitere Voraussetzungen erfüllen zu müssen. Unionsbürger benötigen keine <a href="#">Aufenthaltserlaubnis</a>.</p> <p>Daneben beinhaltet das Freizügigkeitsrecht auch die Möglichkeit, sich in jedem Mitgliedstaat wirtschaftlich zu betätigen, das heißt unselbstständig (für Bürger aus den neuen EU-Staaten mit einer Übergangsfrist) oder selbstständig tätig zu sein oder Dienstleistungen zu erbringen. Weitere Informationen zum Thema Freizügigkeit der Unionsbürger und Erweiterung der EU finden Sie <a href="#">hier</a>.</p>
Vertriebene	<p>Vertriebene sind nach § 1 Abs. 1 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) deutsche Staatsangehörige und deutsche Volkszugehörige, die den Wohnsitz in den gesetzlich umschriebenen Vertreibungsgebieten im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg infolge Vertreibung verloren haben. Diese allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen waren bis 1949 beendet.</p>
Verwaltung	<p>Nach Artikel 83 des Grundgesetzes werden die ausländerrechtlichen Bestimmungen von den Ländern als eigene Angelegenheit ausgeführt. Alle aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen hat daher die örtlich zuständige Ausländerbehörde des Landes nach der geltenden Rechtslage zu treffen. Sie ist dabei nur an die Weisungen der ihr übergeordneten Landesbehörden gebunden. Auf Grund dieser verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung empfiehlt es sich, bei Fragen zu einem konkreten Einzelfall die örtlich zuständige Ausländerbehörde zu kontaktieren.</p> <p>Das Bundesministerium des Innern ist mit ausländerrechtlichen Einzelfällen in aller Regel nicht befasst und kann daher Bitten, die Rechtmäßigkeit oder Zweckmäßigkeit von Entscheidungen zu überprüfen, grundsätzlich nicht entsprechen.</p>



	<p>So erreichen Sie das Bundesministerium des Innern in Berlin und Bonn: Bundesministerium des Innern Dienstsitz Berlin Alt-Moabit 101 D 10559 Berlin Bundesministerium des Innern Dienstsitz Bonn Graurheindorfer Str. 189 53117 Bonn</p> <p>Telefon: 030 18-681-0 Telefax: 030 18-681-2926 E-Mail: <a href="mailto:poststelle@bmi.bund.de">poststelle@bmi.bund.de</a></p> <p>Dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sind durch das Zuwanderungsgesetz wichtige Aufgaben zugeordnet worden. Auf den Webseiten des Bundesamtes sind detaillierte Informationen, insbesondere zu den <a href="#">Integrationskursen</a>, in verschiedenen Sprachen verfügbar: <a href="http://www.bamf.de">www.bamf.de</a> bzw. Integrationsportal des BAMF: <a href="http://www.integration-in-deutschland.de">www.integration-in-deutschland.de</a>.</p> <p>Informationen zum <a href="#">Familiennachzug</a></p> <p>Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beantwortet Bürgeranfragen unter folgender Telefonnummer: 0911-943-6390. Der Bürgerservice ist außerdem per E-Mail erreichbar: <a href="mailto:info.buerger@bamf.bund.de">info.buerger@bamf.bund.de</a>. Die Anschrift lautet: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Frankenstr. 210 90461 Nürnberg</p> <p>Die Webseiten des <a href="#">Auswärtigen Amtes</a> enthalten Hinweise zur Visaerteilung sowie Antworten zu häufigen Fragen. Das <a href="#">Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie</a> bietet weiter Informationen zu den Themen Erwerbstätigkeit. Hinweise für ausländische Freiberufler</p>
Visum	<p>Ein Visum ist ein <a href="#">Aufenthaltstitel</a>, der im Ausland durch Auslandsvertretungen – Botschaften, Konsulate – ausgestellt wird. Im Inland können Visa im Ausnahmefall verlängert werden, ansonsten wird ein Visum, das für einen langfristigen Aufenthalt ausgestellt wurde, nach der Einreise je nach Lage des Falles und bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen durch eine <a href="#">Aufenthaltserlaubnis</a> oder eine <a href="#">Niederlassungserlaubnis</a> ersetzt. Die Visumpflicht hat den Zweck, zu gewährleisten, dass <a href="#">Ausländer</a> erst einreisen, wenn bereits vor der Einreise im Visumverfahren geprüft wurde, ob die Voraussetzungen für die Einreise und den Aufenthalt vorliegen. Ist eine Erwerbstätigkeit beabsichtigt oder soll der Aufenthalt länger als drei Monate dauern, wird zusätzlich die Ausländerbehörde und bei einer beabsichtigten Aufnahme einer Beschäftigung die Agentur für Arbeit automatisch von der Auslandsvertretung beteiligt, wenn nicht einer der gesetzlich geregelten Ausnahmefälle vorliegt. Es ist daher wichtig, dass gleich bei der Beantragung des Visums der beabsichtigte Aufenthaltszweck richtig angegeben wird, damit das richtige Verfahren durchgeführt wird. Die Erteilung einer Aufent-</p>



	<p>haltserlaubnis für einen anderen Zweck als den, für den das Visum ursprünglich erteilt wurde, ist nach der Einreise nur in Ausnahmefällen möglich.</p> <p>Welche Staatsangehörige für Kurzaufenthalte (d.h. für einen Aufenthalt von bis zu drei Monaten) visumpflichtig sind, auch wenn sie sich nicht länger als drei Monate im Gebiet der Schengen-Staaten aufhalten wollen und auch nicht beabsichtigen, erwerbstätig zu werden, bestimmt sich nach europäischem Recht, nämlich der Verordnung Nr. 539/2001. Nähere Informationen zur Visumpflicht finden Sie auf den Internetseiten des <a href="#">Auswärtigen Amts</a>. Für längere Aufenthalte oder eine beabsichtigte Erwerbstätigkeit benötigen grundsätzlich sämtliche Drittstaaten ein Visum. Ausnahmen gelten für Staatsangehörige von Australien, Israel, Japan, Kanada, der Republik Korea, von Neuseeland und der Vereinigten Staaten von Amerika. Sie dürfen auch für einen längeren Aufenthalt oder die Ausübung einer Erwerbstätigkeit visumfrei einreisen, müssen aber nach spätestens drei Monaten einen <a href="#">Aufenthaltstitel</a> beantragen und dürfen vor Erteilung eines entsprechenden Aufenthaltstitels auch keine Beschäftigung aufnehmen. Die Staatsangehörigen dieser Staaten können aber auch vor der Einreise ein Visum beantragen, wenn sie vor dem Umzug Rechtssicherheit über die Erlaubnis des Aufenthalts benötigen oder unmittelbar nach der Einreise mit der Ausübung einer Beschäftigung beginnen möchten, die ihnen dann bereits im Visum gestattet werden kann.</p> <p>Bestimmte Tätigkeiten gelten in diesem Zusammenhang nicht als Erwerbstätigkeiten. Im Einzelnen ist dies in einer Verordnung geregelt. So übt zum Beispiel ein klassischer Geschäftsreisender, der innerhalb bestimmter zeitlicher Grenzen für Besprechungen oder Verhandlungen nach Deutschland einreist oder sein Unternehmen auf einer Messe präsentiert, im Rechtssinn keine Erwerbstätigkeit aus, obwohl er, strikt gesehen, natürlich im Bundesgebiet erwerbstätig wird, sobald er mit seinen Besprechungen beginnt und so seinen Beruf ausübt. Im Zweifel erteilen die Auslandsvertretungen oder die Ausländerbehörden Auskunft darüber, ob eine bestimmte beabsichtigte Tätigkeit als Erwerbstätigkeit gilt und somit erlaubt werden muss.</p>
Zurückweisung	<p>Die Zurückweisung (Einreiseverweigerung) ist eine polizeiliche Maßnahme zur Verhinderung einer unerlaubten Einreise (vgl. § 15 AufenthG).</p> <p>Einem Angehörigen eines Staates, der nicht der EU angehört, kann die Einreise in das Hoheitsgebiet der EU versagt werden, wenn er</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• nicht im Besitz eines gültigen Passes oder Passersatzes ist,</li><li>• nicht im Besitz eines erforderlichen gültigen Aufenthaltstitels ist,</li><li>• nicht die sonstigen erforderlichen Dokumente über seinen Aufenthaltswort und die Umstände seines Aufenthaltes vorweisen kann,</li><li>• nicht über die entsprechenden Mittel zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes und einen ausreichenden Krankenversicherungsschutz verfügt,</li><li>• zur Einreiseverweigerung ausgeschrieben ist,</li><li>• einen Ausweisungsgrund erfüllt,</li><li>• eine Gefahr für die öffentliche Ordnung, die nationale Sicherheit oder die internationalen Beziehungen einer der Vertragsparteien des Schengener Durchführungsübereinkommens darstellt, oder</li><li>• Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass er einer Verei-</li></ul>



	nigung angehört oder angehört hat, die den Terrorismus unterstützt, oder er eine derartige Vereinigung unterstützt oder unterstützt hat.
Zuwanderung	In Deutschland wird nur dann von „Einwanderung“ gesprochen, wenn Einreise und Aufenthalt von vornherein auf Dauer geplant und zugelassen werden. In den letzten Jahren haben sich außerdem die aus der politischen Diskussion stammenden Begriffe der „Zuwanderung“ und der „Zuwanderer“ für alle Formen der grenzüberschreitenden Migration (lang- und kurzfristig) eingebürgert